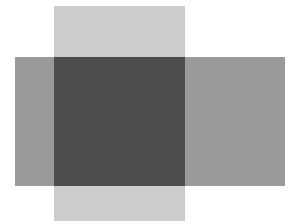


Es gilt das gesprochene Wort



economisesuisse

## Jahresmedienkonferenz

### Finanzpolitische Standortbestimmung

Dr. Rudolf Ramsauer, Vorsitzender der Geschäftsleitung economisesuisse

Sehr geehrte Damen und Herren

Präsident Forster hat in seinem Überblick bereits die zentrale Bedeutung der Finanzpolitik für den Wirtschaftsstandort Schweiz unterstrichen. Er hat auch die Gründe erwähnt, warum die Apostel von *Konjunkturankurbelungsmassnahmen* mit ihrer Opposition gegen die dringend notwendige finanzpolitische Kurskorrektur völlig daneben liegen. Wir sprechen hier nicht von Massnahmen, die morgen oder übermorgen ihre Wirkung entfalten sollten, sondern über strukturelle Weichenstellungen, die frühestens 2005 oder 2006 Früchte tragen werden. Die Linke – und sogar einige Hochschulprofessoren – werfen konjunkturelle und strukturelle Massnahmen wild durcheinander. Die Ideologie, die dahinter steht, ist offensichtlich. In Tat und Wahrheit ist die derzeitige Finanzpolitik mit dem Milliardendefizit des Bundeshaushaltes, des Fonds für Eisenbahngrossprojekte und der ALV-Kasse stark antizyklisch.

Auch im Sprachgebrauch wird Ideologie betrieben, da ist immer die Rede von „Sparprogramm“, sogar von Leuten, die den Staat „kaputtsparen“ wollen. Wenn wir mit „sparen“ meinen, dass wir weniger ausgeben und dafür etwas mehr auf die Seite legen, dann wird beim Bund überhaupt nicht gespart! Was wir deshalb mit aller Insistenz – im Gesamtinteresse gesunder Finanzen und der kommenden Generationen – fordern, ist, dass das überschliessende Ausgabenwachstum des Bundes und der Sozialwerke in den nächsten Jahren auf ein nachhaltiges Niveau gebremst wird – gebremst, nicht gestoppt! Angesichts der getätigten unverantwortbaren Ausgabenversprechungen und der drohenden demografischen Entwicklung behauptet auch niemand, dass dies ein Sonntagsspaziergang wird! Ganz im Gegenteil, es braucht ein „effort collectif“. Wer aber in diesem Zusammenhang von einem „Staatsabbau“ spricht, um Partikularinteressen auf Kosten des Gesamtinteresses zu verteidigen, verkennt die Fakten und handelt verantwortungslos. Auch mit Sprache wird Ideologie betrieben und werden Tatsachen verschleiert!

Es ist an der Zeit, der Realität ins Gesicht zu sehen. Die *finanzpolitischen Perspektiven* sind erschreckend. Für die Finanzplanperiode 2004 – 2007 war ein Zuwachs der Bundesausgaben von ca. 10 Milliarden Franken vorgesehen, der sich jetzt aufgrund der konjunkturellen Entwicklung auf ca. 8,5 Milliarden Franken reduziert hat. Das entspricht immer noch einem Wachstum der Bundesausgaben von annähernd 20% über vier Jahre. Das ist völlig unakzeptabel. Leute mit gesundem Menschenverstand

verstehen das gut. Die unausweichlichen fiskalischen Folgen eines solchen Ausgabengebarendens wären *verheerend für die Investitionsbereitschaft, für das Wachstum und die Schaffung* von Arbeitsplätzen in diesem Land. Dies wäre aber auch eine Altlast für unsere Kinder.

Unser Finanzminister und der Gesamtbundesrat haben den Ernst der Lage erkannt und schlagen ein *Entlastungsprogramm* von insgesamt 3,5 Milliarden Franken vor. economiesuisse begrüsst diesen mutigen Erstschrift ausdrücklich. Wenn man ehrlich ist, genügt dies leider noch nicht. Der Bundesrat selbst ortet offiziell einen Sanierungsbedarf im Umfang von 5 Milliarden Franken, limitiert aber seine Sanierungsstrategie auf 3,5 Milliarden Franken. Damit sind spätere Probleme vorprogrammiert. Wir glauben daher, dass jetzt *zusätzliche Anstrengungen* mindestens im Umfang von 1,5 – 2 Milliarden Franken *unabdingbar* sind, damit die Leitplanken für eine nachhaltige Gesundung der Bundesfinanzen gesetzt werden.

Obwohl er eine ausgabenseitige Entlastung favorisiert, lässt der Bundesrat jedoch die Tür für Steuererhöhungen offen. Angesichts des früheren, unhaltbaren Optimismus bei den Einnahmeschätzungen kann von einem „Einnahmeneinbruch“ keinesfalls die Rede sein. Man muss endlich einsehen, dass man sich *nicht mehr alle Ausbauwünsche leisten* kann. Das Problem liegt also klar beim übermässigen Ausgabenwachstum. Die Korrektur ist dementsprechend ausschliesslich ausgabenseitig durchzuführen. *Steuererhöhungen* irgendwelcher Art – da ist die Kreativität grenzenlos: Bundeserbschaftsteuer, MWSt-Erhöhungen, Beteiligungsgewinnsteuer, Sonderverbrauchssteuer, sonstige Gebühren/Abgaben – bzw. neue Einnahmenquellen würden das Ausgabenproblem nur verschieben bzw. *verschärfen*. Sie sind daher klar abzulehnen. Die Ausgaben sollten daher von jetzt an auf das Niveau der erwarteten Teuerung zurückgeführt, d.h. real stabilisiert werden. Das hat kein „Kaputtsparen“ zur Folge: Nach heutigem Stand der Inflationsannahmen und in Bezug auf den Voranschlag 2003 bedeutet dies immer noch Mehrausgaben von zirka 3 Milliarden Franken für die nächste Finanzplanperiode. Wenn wir die *Staatsausgaben auf* einen solchen, moderaten und *vertretbaren Wachstumspfad eingrenzen* können, kann auch das gemäss Finanzleitbild des Bundesrates „strategische Ziel“ der Stabilisierung, bzw. (bei Wirtschaftswachstum) der Rückführung der Staatsquote umgesetzt werden und so das im vergangenen Jahrzehnt verlorene Terrain an Wettbewerbsfähigkeit wieder gutgemacht werden. Andere Länder (die meisten OECD-Staaten mit Ausnahme von Japan und Frankreich) haben dies geschafft, warum sollten wir dessen nicht fähig sein?

Ohne Gegensteuer werden wir dieses Jahrzehnt erneut eine massive Erhöhung der Staatsquote erleben. Und das bedeutet: noch mehr Schulden und ein weiterer Ausbau des Fiskalstaates. Dringend notwendig sind daher *strukturelle Reformen*, die finanzpolitischen Spielraum schaffen und den *Freiraum für Unternehmen und Haushalte* wieder vergrössern – damit der Staat handlungsfähig und die Wirtschaft stark bleiben. Strukturelle Reformen in allen Aufgabengebieten sind unumgänglich. Das vor Jahresfrist publizierte *Ausgabenkonzept* von economiesuisse bildet eine gute Grundlage für mögliche Prioritätensetzungen zwischen den einzelnen Aufgabengebieten. Ebenso sollte die Einführung institutioneller Instrumente – wie etwa ein *Finanzreferendum auf Bundesstufe* – angegangen werden.

Wir begrüßen daher entsprechende *parlamentarische Vorstösse*, welche in die richtige Richtung weisen. Die darin skizzierten Ansatzpunkte müssen entschlossen angegangen werden, auch im Umfeld der Wahlen vom Herbst 2003. Denn das politische Klima hat sich geändert: Während bis vor kurzem Massnahmen, die auf gesunde und nachhaltige Finanzen zielten, von vornherein als Staatsabbau verschrien und abgeschmettert wurden, kehrt langsam die wirtschaftspolitische Vernunft ein.

29. April 2003